



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Briefe aus Berlin.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

folgendermaßen lautete: „Für die Nationalwürde sorgen, heißt für das Heer sorgen, dessen edle und uneigennützigte Vaterlandsliebe so oft verkannt wurde. Unter Beibehaltung der Grundgesetze, auf welchen unsere Heeresverfassung beruht, ist es nöthig, daß die Bürde der Dienstpflicht erleichtert, nicht erschwert werde. Es ist nothwendig, für die Gegenwart und die Zukunft, nicht nur der Officiere, sondern auch der Unterofficiere und Soldaten zu sorgen und den Männern, welche lange unter der Fahne gestanden, eine gesicherte Existenz zu bereiten.“ — Dies Wahlmanifest bezog sich auf die Präsidentenwahl, zu welcher sich Louis Napoleon als Candidat gemeldet. Man sollte es für unmöglich halten, daß eine große Nation, welche eben eine furchtbare Krisis überstanden, zum Leiter ihrer Geschichte einen Menschen wählt, der ein „Nichts“ ist, von dem man nichts kennt, als seinen Namen und zwei Abenteuer, durch die er sich unsterblich blamirt. Aber man wählte auch nicht ihn, sondern eben seinen Namen. — Abgesehen von einer geringen Anzahl von Boten, die sich auf Ledru Rollin, Raspail und Lamartine vertheilten, erhielt Cavaignac: 1,448,107, Louis Napoleon 5,434,226 Stimmen. Cavaignac, der treue Soldat der Republik, hatte die absolute Majorität in alt-legitimistischen Departements: Var, Rhonemündungen, Morbihan, Finistère; Louis Napoleon, der Nefte des Onkels, in den am meisten socialistisch gesinnten Departements: Saône und Loire, Creuse, Haute-Vienne, Isère und Drôme. Louis Napoleon war Präsident der Republik.

Cavaignac legte die oberste Gewalt in die Hände Napoleon's nieder. Er hatte diese Wendung vorausgesehen. Schrieb man ihm doch die Aeußerung zu: „Die Franzosen sind so wenig Republikaner, daß sie im Nothfall Hanswurst I. wählen würden, um nur wieder zur Monarchie zu kommen. Diese stand nun vor der Thür. Ihre Einführung konnte aber nur durch die Armee geschehen. Es handelte sich darum, daß der Präsident der Republik diesen Groß-Ceremonienmeister für sich gewann und ihm begreiflich machte, daß der Vortheil der Armee mit dem Vortheil der Dynastie Napoleon identisch sei. Konnte das schwer halten?!

Briefe aus Berlin.

Berlin, den 15. September 1872.

„Nach Allem Großen das wir erlebt, würde ich nichts dagegen haben wenn die Weltgeschichte eine Weile stehen zu bleiben schiene.“ Dieses Wort,

welches Fürst Bismarck an die Abgesandten der Gemeindebehörden richtete, welche ihm am 9. September den Ehrenbürgerbrief der Stadt Berlin überbrachten, ist das wahre Wort der Situation, um in der Art unserer französischen Nachbarn zu sprechen. Daß die Weltgeschichte eine Zeit lang stehen zu bleiben schiene, ist das Bedürfnis, das ganz Europa beherrscht und das vielleicht nur in einem einzigen Lande Europas nicht gefühlt wird, obgleich man die Ruhe der Weltgeschichte nirgends nöthiger hätte als dort. Die Weltgeschichte, noch mehr als die Natur, hegt jenen horror vacui, den die Physik der anbrechenden Neuzeit geistreich erdichtete. Darum hat Fürst Bismarck, der dies am Besten weiß, auch nur von einem Schein des Stillstandes gesprochen. Der große Staatsmann gönnt und wünscht der Welt Erholung von den großen sichtbaren Veränderungen und ihren unmittelbaren Vorarbeiten. Die europäische Welt soll ihre neue Gestalt erst erfüllen, weil dieselbe eine sehr gesunde und naturgemäße Entfaltung der lebendigsten Kräfte gestattet, bevor Europa an neue Veränderungen mit ihren Erschütterungen denkt.

Solche Veränderungen der äußeren Gestalt des Völkerlebens sind der Endabschluß langer und langsamer Arbeit. Seit dem Jahre 1815 hat es in Deutschland und Italien gearbeitet gegen die naturwidrige Zerstückung zweier lebensreicher Nationen, die für die Cultur der Menschheit die größten Beiträge in der Vergangenheit geliefert und die Gegenwart mit neuen Leistungen zu fördern den innersten Beruf zeigten. Mit dem Jahre 1859 beginnt die stille Arbeit große Umrisse anzunehmen und das Geräusch der Schlusßkatastrophe vernehmen zu lassen. Nach zwölf Jahren ungefähr sind die beiden Völker sich selbst und dem Wechselproceß der internationalen Culturarbeit zurückgegeben. Die inneren Hindernisse sind zerstört, die feindlichen äußeren Mächte in ihre eigenen Grenzen zurückgeschleudert. Was darf nun folgen, als das Schauspiel der ruhigen Entfaltung und des natürlichen Gedeihens? Die Herrscher, die sich eben in der Hauptstadt des neuen Deutschlands begegneten, haben Nichts Anderes gewollt, als die Natürlichkeit des neuen Zustandes bezeugen, dadurch, daß sie, die Herrscher der in die verschiedensten Interessen versflochtenen Staaten bekundeten, daß der neu gegründete Zustand keinen Theil dieser Interessen in einen feindlichen Gegensatz stellt. Die heutige Lage Europas ist friedlich, weil sie für die überwiegende Summe aller europäischen Lebensinteressen, man kann weiter gehen und sagen: für die Gesamtheit aller wahren Lebensinteressen Europas befriedigend ist. Darum bedarf diese Lage auch keiner Tractate zu ihrem Schutz, wie einst die heilige Allianz sich die Aufrechthaltung der auf dem wiener Congreß geschaffenen Lage zum Ziel setzte. Der heutigen Lage ist ihre Dauer gesichert durch die natürliche Solidarität der in ihr versöhnten Interessen. Nur vermeintliche Interessen, kein wahres Volksbedürfnis, sondern Volksverirrung und verirrte Leidenschaften können sich gegen diese Lage auflehnen. Es

wird genügen, wenn die von solchem Wahn unmittelbar Bedrohten sich allein vertheidigen, es wird nicht nöthig sein, daß die Gesammtbürgschaft, welche in der Harmonie der befriedigten Interessen liegt, sich actuell bethätigt. Aber die moralische Wirkung jener Harmonie, welche in der Monarchenbegegnung zu Berlin ihren symbolischen Ausdruck gefunden, ist von hoher Bedeutung und von unverkennbarem, practischem Werth. Es ist zweierlei, ob ein Friedensstörer im Fall seines Sieges der gerechten Scheu, im Fall seiner Niederlage der gerechten Strafe sicher ist, oder ob in dem einen dieser Fälle ihn Beifall, im andern ihn Mitleid erwartet.

Nach menschlichem Ermessen ist die Monarchenzusammenkunft in Berlin die Einweihung einer Friedensepoche gewesen, deren Character selbst durch den Störungsversuch eines kranken Volkes bei der schnell erfolgreichen Abwehr gerechter und vom allgemeinen Beifall unterstützter Gewalt nicht geändert werden dürfte. Es scheint darum erlaubt und sogar an der Zeit, das Auge den Aufgaben des Friedens zuzuwenden. Wenn die Wechselwirkung der Nationen im Kriege am augenfälligsten wird, so bereitet sie sich doch nur im Frieden vor. Es kann deshalb lehrreich sein, mit den Friedensaufgaben der beginnenden Epoche die Völker in ihrer Wechselwirkung und nicht bloß in ihrer nach innen gewandten Thätigkeit ins Auge zu fassen. Wir wollen einen Ueberblick der europäischen Lage unter dem doppelten Gesichtspunkt der inneren Arbeit der einzelnen Völker und der auswärtigen Aufgaben, für welche dieselben sich vorbereiten, versuchen.

Wir beginnen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie, mit jenem Staatswesen, an das wir durch ein staatsrechtliches Band dießseits wie jenseits zum Unheil gefesselt waren. Das künstliche Band ist zerschnitten und sogleich macht sich die tiefe Verwandtschaft der beiderseitigen Interessen geltend, die nur durch den Versuch einer gewaltsamen Unterordnung in Entfremdung verkehrt werden konnte. Verwandte Interessen haben die Aufgabe sich in Freiheit zu unterstützen, nicht aber in unnatürlicher Verkoppelung sich gegenseitig zu verkümmern und zu verfälschen.

Oesterreich-Ungarn hat seine langjährige Machtstellung in Deutschland wie in Italien aufgegeben. Der äußeren Nöthigung ist die freiwillige und aufrichtige Resignation gefolgt. So nur vermag die öffentliche Meinung der ganzen Welt die Kaiserreise nach Berlin zu deuten, an dessen Hofe der italienische Thronerbe wenige Monate vorher die freundschaftlichste Aufnahme gefunden hatte. Seit vielen Jahren schon hatte wohlwollender Rath die österreichische Regierung für den unvermeidlichen Verzicht auf die Doppelherrschaft in Deutschland und Italien, auf den Beruf verwiesen, die Cultur nach dem Osten zu tragen, wie man es ausdrückte. In gleich unbestimmter Rede-weise wird noch heute von der orientalischen Frage gesprochen, an deren Lö-

sung Oesterreich ein überwiegender Antheil zufallen, auf dessen Behauptung es sich vorbereiten soll. Unter der orientalischen Frage aber kann man sich nach Belieben das Schicksal ganz Asiens, sowie der europäischen und afrikanischen Ostgestade des Mittelmeeres denken. Für Oesterreich handelt es sich bei der sogenannten orientalischen Frage in Wahrheit nur um die Balkanhalbinsel. Und dieses nur ist völlig genug. Als asiatischer Staat kann die Türkei noch lange fortbestehen, aber die Frage ihres europäischen Bestandes wird täglich brennender, wie sehr man sich auch Mühe zu geben scheine, gegen das Herannahen der Katastrophe allseitig die Augen zu verschließen. Aus den scheinbar geschlossenen Augen lauscht aber die Aufmerksamkeit gespannter als je. Die Unordnung und die Uneinigkeit in der türkischen Verwaltung nehmen unaufhaltsam zu. Der Tag wird kommen, wo es unmöglich wird, daß eine christliche Macht nochmals ihr Veto einlegt, wenn die Vasallen der Pforte sich unabhängig erklären, wenn Bulgarien die Emancipation begehrt, wenn Serbien die Hand nach seinen Rassenbrüdern ausstreckt, die noch unmittelbare Unterthanen der Pforte sind, wenn Griechenland das Gleiche thut. Für Oesterreich liegt die Aufgabe dieses Momentes darin, daß es auf die neue Staatenbildung der Balkanhalbinsel einen freundschaftlichen und völkerrechtlich anerkannten Einfluß gewinne. Denn daß diese Neubildung in feindlichen Gegensatz zu Oesterreich trete, kann das Letztere nicht ertragen. Denn es birgt die Rassenverwandten der Völkerschaften in seinen Schoß, deren politische Emancipation auf der Balkanhalbinsel sich vorbereitet. Oesterreich kann auch die Adern seines Handels, die sich nach dem Südosten öffnen, kann seine Hauptader, die Donau, sich nicht durch eine feindliche oder unter feindlichen Einfluß gestellte Welt verschließen lassen.

Die Lösung der Aufgabe nun, welche der österreichischen Monarchie hier zufällt, steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der inneren Verfassung der Monarchie. Die Monarchie ist jetzt bis zu einem gewissen Grade dualistisch constituirte. Es entstehen die Fragen: wer soll die Interessen der Monarchie auf der Balkanhalbinsel in die Hand nehmen? Gehört diese Aufgabe nur der ungarischen Reichshälfte? Dann wäre auch die vollständige Emancipation dieser Reichshälfte, welche von zwei ungarischen Parteien im verschiedenen Sinne erstrebt wird, gegeben. Kann Ungarn aber sein eigenes Lebensinteresse auf der Balkanhalbinsel nicht allein vertheidigen, so muß auch das Band der Gemeinschaft straffer angezogen, die Kraft der Centralregierung verstärkt werden. Denn davon ist nicht die Rede, daß die sogenannte westliche Reichshälfte die Interessen Ungarns als Heersolde leistender Bundesgenosse aussechte. Wo die entscheidende Kraft liegt, da liegt auch die Führung. So haben wir ein augenfälliges Beispiel der Einheit innerer und äußerer Politik. Die Aussichten der separatistischen Parteien Ungarns hängen von der Taug-

lichkeit ihrer Pläne ab, die Frage der Balkanhalbinsel zu lösen, und die Aussichten der Centralisationspartei hängen wiederum von dem Geschick ab, das letztere in der Lenkung der großen Politik und in der Organisation der allgemeinen Staatskraft für die Lösung jener Aufgabe zeigt. Es wäre mit Oesterreich und Ungarn gleichmäßig zu Ende, wenn beiden Parteien die Fähigkeit zur Lösung dieser Aufgabe fehlte. Aber der Sieg der Parteien hängt nicht von ihrer eigenen Fähigkeit allein, er hängt auch von der Empfänglichkeit des Bodens, auf dem sie wirken, für das Wahre ab. Wenn die separatistischen Parteien trotz ihrer Unfähigkeit die Oberhand gewännen, wenn die centralistische Partei ihren etwaigen Sieg nicht für das wahre Lebensinteresse des Reiches zu verwerthen wüßte, dann wäre mit der Verfehlung der äußeren Aufgabe des Reiches auch die innere Heilung abgeschnitten. So hängt das Schicksal Oesterreichs an beiden: daß die Fähigkeit für die äußere Aufgabe der Sieg im Innern entscheide, aber auch bei dem Sieger die wahren Mittel der inneren Regeneration antreffe; und umgekehrt, daß die Partei, welche diese Mittel inne hat und auffindet, sich auch der äußeren Aufgabe gewachsen zeige.

In Ungarn sind augenblicklich 3 bis 4 Parteien zu unterscheiden. Auf einem völlig phantastischen Boden steht die äußerste Linke. Ihre Motive sind grenzenloser Haß gegen Oesterreich, aber auch gegen die einheimische Aristokratie, und zuletzt der kosmopolitische Haß des Radicalismus gegen die bestehende Weltordnung. Diese Partei, soweit sie noch specifisch ungarisch gefärbt ist, trägt sich mit dem Gedanken einer Verbrüderung mit den südslavischen Völkerschaften auf der Basis der äußersten Demokratie, oder auch des Communismus. Die ungarisch-slavische Republik, von der zuweilen die Rumänen nicht ausgenommen sind, soll auf beiden Ufern der Donau und südlich bis zum Balkan sich erstrecken. — Dergleichen Phantastereien könnten als unschädlich gelten, wenn sie nicht überall, wo sie sich verbreiten, einen Theil der geistigen Kraft von gesunden Bestrebungen ablenken.

Diesjenige Partei, welche äußerlich angesehen die nächste Nachbarin der äußersten Linken in Ungarn ist, bildet im Grunde in gewisser Beziehung deren schärfsten Gegensatz. Die eigentliche Linke nämlich ist exclusiv national, weit mehr als die Deakpartei. Die eigentliche Linke will völlige Trennung von Oesterreich in der äußeren und inneren Politik, indem sie höchstens die Personalunion zuläßt. Dieses selbstständige Ungarn aber soll ganz national organisiert sein, das heißt: die Magyären sollen als eine einzige unterschiedslose Aristokratie die übrigen Völkerschaften des Donaureiches beherrschen. Diese Partei ist der Türkei gegenüber am conservativsten, weil sie von der Emancipation der südslavischen Elemente in der Türkei die Verstärkung derselben Elemente auf dem Boden Ungarns fürchtet.

Die Deakpartei ist ohne Frage durch Intelligenz der Führer und durch staatsmännische Disciplin der Menge die hervorragendste. Sie hat bekanntlich den Ausgleich von 1867 geschaffen und ist fortwährend die Stütze desselben. In dieser Partei ist die Einsicht verbreitet, daß ohne die Hülfe des übrigen Oesterreich Ungarn weder auf die Dauer die slavischen und überhaupt die fremden Elemente im eigenen Königreich beherrschen, noch die Aufgaben der Balkanhalbinsel lösen kann. Der einzige Vorwurf, der die Partei trifft, ist, daß sie auf dem Gebiete der inneren Reform, bei der Abstellung aristo-kratischer Mißbräuche, jedenfalls durch gewisse Elemente in ihrer eigenen Mitte gebunden, zu wenig Energie gezeigt hat.

Unter den österreichischen Parteien kann die centralistische oder deutsche Partei neuerdings nicht mehr als Gegnerin des Ausgleichs von 1867 aufgefaßt werden. Nur auf der Basis dieses Ausgleichs hat die Partei Aussicht, der czechischen, slovakischen und slovenischen Elemente Herr zu werden und zu bleiben. Die Polen in das österreichische Staatsinteresse zu ziehen und zur nothwendigen Mäßigung und Parteidisciplin zu vermögen, bleibt eine dornige, aber neuerdings doch mit Aussicht auf Erfolg unternommene Aufgabe. Wenn sie gelöst wird, so wird der Schwerpunkt der Monarchie trotz dem dualistischen Ausgleich in Wien, d. h. bei der deutsch-österreichischen Bevölkerung verbleiben, und Ungarn, auf die Hülfe Deutsch-Oesterreichs beständig angewiesen, wird sich daran gewöhnen, daß der Dualismus ihm nur eine relative Selbstständigkeit gegeben hat und immerdar geben kann.

Die mannigfaltigsten Leidenschaften werden sich gegen das normale Verhältniß der österreichischen Staatskräfte wieder und wieder aufbäumen und die Bildung des richtigen Gleichgewichtes erschweren. Das Gelingen hängt davon ab, ob das deutsche Element sich der geistigen Führung gewachsen zeigt; und diese Fähigkeit wiederum hängt davon ab, ob die Schwingen des deutschen Geistes nicht, wie in so langen Jahren, durch den Ultramontanismus gelähmt werden. Können die Deutschen in Oesterreich sich vor diesem Feinde retten, so verschaffen sie sich selbst die Fähigkeit, die Monarchie zu retten.

Kleine Besprechungen.

Straßburg im sechszehnten Jahrhundert (1500—1598). Reformationsgeschichte der Stadt Straßburg von Julius Rathgeber, Pfarrer in den Vogesen, Stuttgart, J. F. Steinkopf 1871. — Dieses Werk ist bereits vor dem Kriege geschrieben, in deutschem Geiste, und in die Welt